

WARUM ES NICHT ZU EINEM BREXIT KOMMEN WIRD

Die EU steht vor riesigen Herausforderungen. Nach der Flüchtlingskrise geht es jetzt um den Austrittsbeschluss der Briten. Doch zu einem Austritt wird es nicht kommen, sagt Dr. Klemens Joos.

err Dr. Joos, wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr 2016 zurück. In den USA wurde Donald Trump zum Präsidenten gewählt, in Deutschland und anderen EU-Staaten sind rechtspopulistische Kräfte im Aufwind. Und aus europäischer Perspektive war sicher das Brexit-Votum der größte Schock des Jahres. Wie ist es aus Ihrer Sicht um die Europäische Union bestellt? Wenn wir auf 1990 – das Gründungsjahr von EUTOP – zurückschauen, zeigt sich ein völlig anderes Bild. In einem glückhaften Moment der Geschichte trat zur Deutschen Einheit mit dem Vertrag von Maastricht (1993) die Wiedervereinigung Europas. Europa und damit das Projekt der Europäischen Union wurden als Ort der Zukunft wahrgenommen. Davon ist gegenwärtig nur noch wenig zu spüren. Wer den politischen Diskurs verfolgt, gewinnt den Eindruck, das europäische Einigungswerk stünde vor der Implosion. Diese apokalyptische Vision verkennt jedoch das massive Fundament der EU. Deshalb bin ich mir sicher, dass es einen Brexit nicht geben wird.

Das müssen Sie uns erklären.

Seit dem Vertrag von Lissabon haben wir de facto die Vereinigten Staaten von Europa. Natürlich kann laut Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) jeder Mitgliedstaat seinen Austritt aus der EU beantragen. Aber in der Realität sind die europäischen Staaten wirtschaftlich und politisch – auch im vorpolitischen Raum – so eng miteinander verwoben und verflochten, dass ein Austritt de facto nicht mehr möglich ist, ohne dem betreffenden Land einen enormen Schaden zuzufügen. Das geschieht schon allein durch die Unsicherheit, die während der Austrittsverhandlungen über viele Jahre herrschen wird.

Die Briten scheinen es aber ernst zu meinen.

Der britische Brexit-Minister David Davis spricht schon heute von den kompliziertesten Verhandlungen aller Zeiten. Dabei haben die Verhandlungen nicht einmal richtig begonnen. Die Unsicherheit über diesen langen Zeitraum wird den Briten massiv schaden. Am Ende wird kein Politiker in London einen solch immensen Schaden für das eigene Land verantworten können oder wollen. Ein erstes Indiz dafür ist das Verhalten des damaligen Premierministers David Cameron. Trotz gegenteiliger Ankündigungen hat er am Tag nach dem Votum eben nicht den Austritt nach Art. 50 eingeleitet. Stattdessen trat er zurück, um den Scherbenhaufen seiner Nachfolgerin zu überlassen.

Wie wird es mit den Verhandlungen weitergehen?

Völlig unabhängig vom Inhalt der Verhandlungen sind auf der Prozessebene noch viele Schritte zu durchlaufen. Es kann also noch an vielen Stellen zu einem Scheitern des Austritts kommen. So musste das britische Parlament nach einem Urteil des Supreme Court – gegen den Willen der Regierung – dem Austrittsgesuch zustimmen. Nach den Verhandlungen wird es dann voraussichtlich zu erneuten Abstimmungen kommen, sei es im britischen Parlament oder durch eine erneute Volksabstimmung. Am Ende werden auch die restlichen 27 Mitgliedstaaten über den Austritt der Briten entscheiden müssen.

Ein Brexit wird also prozessual scheitern?

Wenn man die Komplexität und Realität der Europäischen Union, der Institutionen und der anstehenden

Verhandlungen versteht, kann man eigentlich nur zu diesem Schluss kommen. Ich bin mit dieser Annahme übrigens nicht alleine. Bereits Anfang des Jahres hat sich der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft ganz ähnlich geäußert.

Und sollte es wider Erwarten doch zu einer Trennung kommen?

Völlig auszuschließen ist das natürlich nicht. Spätestens seit Fukushima wissen wir ja, dass auch Ereignisse mit einer außerordentlich geringen Wahrscheinlichkeit eintreten können. Im Zweifel rücken die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten dann aber nur noch enger zusammen. Die Briten haben ohnehin bei Vertiefungsprojekten der Gemeinschaft, insbesondere in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, immer wieder gebremst.

Ihr Standardwerk "Politische Stakeholder überzeugen" ist Ende 2016 nun auch auf Englisch erschienen. Inwieweit ist es auch eine Begleitlektüre zu einem Brexit?

Eine Hauptaussage meines Buches ist, dass prozessuale Kompetenzen in einem komplexen System wie der EU wichtiger sind als inhaltliche Aspekte. Im Fall eines Brexits kommt es nun zum Schwur: Kann die politische Willensbekundung zu einem Austritt, die eine Momentaufnahme nach einer fragwürdigen Kampagne darstellt, durch prozessuale Aspekte korrigiert werden?

Was würde ein Brexit für das Geschäftsmodell von EUTOP bedeuten?

Unsere Dienstleistungen sind in komplexen Systemen wichtiger denn je – völlig unabhängig davon, ob es nun 27 oder 28 Mitgliedstaaten in der EU gibt. EUTOP wird darüber hinaus aber auch immer internationaler.

Der Fokus unseres Geschäfts wird weiterhin auf EU-Europa liegen – das ist unsere Kernkompetenz. Jedoch wird die EU-Politik auch weltweit immer wichtiger. Wir haben neben einigen Ansätzen in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sehr vielversprechende Ansätze in China und der Türkei. Ich bin mir daher sicher, dass 2017 wieder das erfolgreichste Jahr in der Geschichte von EUTOP wird

Herr Dr. Joos, haben Sie vielen Dank für das Gespräch!

ZUR PERSON DR. KLEMENS JOOS

1969 in Nonnenhorn am Bodensee (im Landkreis Lindau) geboren, verheiratet, Vater von drei Kindern. Studierte Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1998 Promotion zum Thema "Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union".

Gründete nach seiner Tätigkeit als persönlicher Referent eines Abgeordneten des Europäischen Parlaments, noch während des Studiums, **1990 die EUTOP** International GmbH.

Seit 2013 Lehrbeauftragter für das Aufgabengebiet "Convincing Political Stakeholders" an der LMU München.

Autor des Standardwerks "Politische Stakeholder überzeugen", das seit 2016 auch in englischer Sprache vorliegt.